

## Zum Geleit

Am 25. Dezember 2011 können wir mit großem Dank den 200. Geburtstag von Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler begehen. Es ist eine gute Gelegenheit, einen neuen Blick auf ihn und seine Zeit zu werfen, um ihn in seiner Bedeutung für heute besser zu verstehen.

Nachdem Bischof von Ketteler über lange Zeit in hohem Maß als Sozial- und Arbeiterbischof bekannt und gefeiert wurde, hat man ihn in den letzten Jahrzehnten auch in seiner Bedeutung für andere Dimensionen erkannt. Dies betrifft vor allem seinen hohen Einsatz für die Freiheit der Kirche, das Ausmaß dieser Selbstbestimmung und zugleich die Anerkennung ihrer Grenzen. So überrascht nicht, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalliberalismus in den letzten Jahren im Zentrum stand. Der Kampf für die Freiheit und für die soziale Gerechtigkeit gehören für Bischof von Ketteler eng zusammen. Gewiss kann man auch seine Bedeutung als Seelsorger weit über das Bistum Mainz hinaus noch tiefer entdecken. Anlässlich seines 200. Geburtstags werden in einer kritischen Neuausgabe die zahlreichen Hirtenbriefe Kettelers erscheinen, die leider in der Gesamtausgabe fehlen.

Darüber darf man aber die Bedeutung des Arbeiterbischofs nicht zurücktreten lassen. Im Gegenteil, wir müssen noch viele Spuren gerade seines sozialen Engagements entdecken und auch die Impulse für heute aufzeigen. Dazu gehören viele Themen, die im Laufe der Zeit weniger Beachtung fanden. Wichtig ist die Prägung Kettelers durch den westfälischen Adel, der auch in anderen Vertretern und über Kettelers Zeit hinaus eine große soziale Sensibilität erkennen lässt. Schließlich war es auch für ihn selbst ein schmerzlicher Entwicklungsprozess einsehen zu müssen, dass man den sozialen Verwerfungen seiner Zeit nicht allein durch eine Steigerung der Nächstenliebe bei den Christen und eine entschiedene Rechristianisierung Herr werden könne.

Dabei spielt spätestens seit dem Frankfurter Parlament in der Paulskirche 1848 die Soziale Frage eine geradezu revolutionäre Rolle. Bischof von Ketteler setzt sich in dieser Zeit mit der kritischen Arbeiterbewegung, mit der Sozialdemokratie und einigen ihrer Führer wie Ferdinand Lassalle auseinander. In dieselbe Zeit gehört auch das Erwachen der Aufmerksamkeit gegenüber der Sozialen Frage im deutschen Katholizismus. Man denke hier nur an den seligen Adolph Kolping, den seligen Paul Josef Nardini, aber auch an Laien wie Franz Joseph Ritter von Buß. Ketteler lernt in diesen Begegnungen und Auseinandersetzungen, dass Almosen allein das Elend nicht beseitigen können, so wichtig sie für den Einzelnen bleiben mögen. Er wendet sich einer pragmatischen Sozialpolitik zu, die sicher in mancher Hinsicht politisch zu Enttäuschungen führt, aber schließlich in den späteren Sozialversicherungen zur Zeit Bismarcks zu einer größeren Wirksamkeit kommt. So muss wohl das Bild Kettelers in den sozialen Debatten des 19. Jahrhunderts erweitert und vertieft werden. In manchen Darstellungen der deutschen Gesellschaftsgeschichte und der Allgemeinen Geschichte des 19. Jahrhunderts hat er noch keinen angemessenen Platz gefunden.

Hermann-Josef Große Kracht ist durch eine Reihe bisheriger Arbeiten in besonderer Weise fähig, wenigstens punktuell diese bedauerlichen Lücken zu schließen. Ich bin ihm deswegen dankbar, dass er in den Studien dieses Buches eine Ahnung und ein erstes Bild über den Entwicklungsprozess von Kettelers vermittelt. Dieser Band wird hoffentlich weitere Studien dieser Art anstoßen. Ich danke dem Verfasser für diese neuen Perspektiven, die sicher auch die Diskussion der sozialen Fragen heute inspirieren können, und wünsche dem Band eine freundliche Aufnahme – eine schöne Gabe zum 200. Geburtstag.

Mainz, 28. Juli 2011

*Karl Kardinal Lehmann*

# Vorwort

„Was helfen die sogenannten Menschenrechte in den Constitutionen, wovon der Arbeiter wenig Nutzen hat, so lange die Geldmacht diese socialen Menschenrechte mit Füßen treten kann?“ – Diese Frage rief der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler im Sommer 1869 vor Tausenden von Arbeitern auf der Liebfrauenheide bei Offenbach aus; in einer Predigt, die bis heute als Magna Charta der christlichen Arbeiterbewegung gilt.

Der bevorstehende 200. Geburtstag Wilhelm von Kettelers bietet einen willkommenen Anlass, sich erneut mit der Person und dem Werk des großen Arbeiterbischofs zu beschäftigen und ihn – intensiver, als dies bisher geschah – in die sozialen Debatten seiner Zeit einzuordnen. Die gesellschaftlichen Umbrüche im Deutschland des 19. Jahrhunderts markierten für die katholische Kirche schwere Herausforderungen, die sie in zahlreiche Konflikte und mühsame Lernprozesse verstrickte. An ihnen nahm Ketteler schon in jungen Jahren lebhaften Anteil. So wurde aus dem stolzen Sohn des westfälischen Landadels ein kircheneifriger Bauernpastor und Stadtpfarrer, der 1850 auf den Mainzer Bischofsstuhl berufen wurde und hier, wie eine liberale Zeitschrift in Jahr 1868 anmerkte, schnell zum „fehdelustigen Führer des deutschen Ultramontanismus“ avancierte. In dem Maße, wie sich im deutschen Katholizismus die ultramontane, nicht an nationalkirchlichen Traditionen, sondern streng am Papst in Rom orientierte Bewegung durchsetzte, verschärften sich die Konflikte, insbesondere mit dem nationalen Liberalismus. Und auch wenn es dabei vor allem um politische Fragen nach den Ausmaßen und Grenzen der „Freiheit der Kirche“ ging, spielte hier – seit dem revolutionären Freiheitsjahr 1848 – auch die soziale Frage eine fundamentale Rolle.

Der Band zeichnet wesentliche Etappen und Positionen dieser Konflikte nach und lässt dabei nicht nur Ketteler selbst, sondern auch seine Gegner ausführlich zu Wort kommen.

Dabei wird deutlich, dass Kettelers Einstellung zur sozialen Frage einen für ihn durchaus schmerzlichen Entwicklungsprozess durchläuft. Dieser führt ihn von frühen Vorstellungen einer unverzichtbaren Rechristianisierung der Gesellschaft über ungewöhnlich wohlwollende Sympathien für die entstehende Sozialdemokratie bis hin zur schließlichen Anerkennung der Notwendigkeit einer pragmatischen Sozial- und Arbeiterschutpolitik des deutschen Kaiserreichs. Bischof Ketteler hat damit dem im Blick auf die soziale Frage ansonsten oft ängstlich-zögerlich agierenden deutschen Katholizismus wesentliche Bahnen eröffnet.

Während die Ketteler-Forschung der letzten Jahre den Fokus vor allem auf die Auseinandersetzung des Mainzer Bischofs mit dem deutschen Nationalliberalismus legte, will dieser Band wieder an den Arbeiterbischof erinnern. Er erinnert aber auch daran, dass schon im 19. Jahrhundert leidenschaftliche Debatten um Freiheit und Gleichheit, Selbsthilfe und Staatshilfe, individuelle und politische Verantwortlichkeit geführt wurden, die in vielerlei Hinsicht verblüffende Parallelen mit den Debattenlagen der Gegenwart aufweisen. Wer sich auf Wilhelm Emmanuel von Ketteler und die sozialen Debatten seiner Zeit einlässt, wird deshalb auch für die Gegenwart interessante Einblicke gewinnen können.

Der Band geht zurück auf ein kleines Forschungsprojekt, das mit Unterstützung des Bistums Mainz am Institut für Theologie und Sozialethik (iths) der Technischen Universität Darmstadt durchgeführt werden konnte. Mein besonderer Dank gilt Christine Ludwig M. A. für ihre wertvolle Unterstützung beim Sichten, Sammeln und Sortieren oft schwer zugänglicher Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Damit trug sie wesentlich dazu bei, das Bild Kettelers in den sozialen Debatten seiner Zeit anschaulicher zu machen.

Darmstadt, im Juli 2011

*Hermann-Josef Große Kracht*

## II. Die größte Aufgabe der Zeit

### Aufbrüche zur sozialen Frage im Freiheitsjahr 1848

Man wird es dem eifrigen Pfarrer von Hopsten abnehmen dürfen, dass er sich für sein priesterliches Leben nichts sehnlicher wünschte als „ganz und gar ein Bauernpastor“ zu sein.<sup>1</sup> Allerdings sollten ihn die politischen Aufbrüche des Jahres 1848 mit neuartigen Herausforderungen konfrontieren; mit Aufgaben, die ihn – gegen seine eigenen Absichten – zu einem der wichtigsten Repräsentanten des politischen und sozialen Katholizismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts werden ließen und ihm gleichermaßen politische Zuwendung und Abneigung, öffentliche Verehrung und Verachtung einbringen sollten.

Die Februar-Revolution von 1848 in Paris hatte die französische Monarchie hinweggefegt. In Berlin und Wien kam es zu blutigen Barrikadenkämpfen, und in ganz Deutschland sollte eine nie zuvor erlebte Fundamentalpolitisierung einsetzen, die auch die breiten Volksmassen erfasste. Überall fanden nun Demonstrationen und Volksversammlungen statt. Allenthalben erlebte man ein ängstliches Zurückweichen der alten Mächte vor dem Aufbegehren des Volkes und dem gewaltigen Ruf nach Recht und Freiheit. Die Breslauer Zeitung notierte im März verwundert: „Noch vor acht Tagen verhielt sich der größte Teil unserer Bevölkerung in Betreff politischer und sozialer Fragen ganz indifferent; jetzt interessiert sich alles für die Tagesfragen, und es ist etwas ganz Gewöhnliches, Männer aus der untersten Klasse des Volkes, ja selbst Frauen über politische und soziale Fragen so klare und gesunde Ansichten entwickeln zu hören, als wenn sie darüber jahrelange Studien gemacht hätten.“<sup>2</sup>

Mit Feuereifer wurden die so genannten „Märzforderungen“ erhoben, die das liberale Bürgertum ebenso wie die breiten Massen des Volkes erfassten: Vereins- und Versammlungsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Einberufung einer parlamentarischen Volksvertretung, aber auch Volksbewaff-

nung mit freier Offizierswahl, Schwurgerichte nach englischem Vorbild und Amnestie für politische Gefangene. Immer wieder wurden auch Forderungen nach sozialen Grundrechten laut, wie etwa einer vom Staat zu gewährleistenden „Garantie der Arbeit“, einer „unentgeltlichen Erziehung der Jugend“ und einer staatlichen „Versorgung aller Hilflosen“. Lokale Arbeitervereine und überregionale Arbeiterkongresse verlangten in ihren Petitionen an die Nationalversammlung die „Garantie einer allgemeinen socialen Gesetzgebung für ganz Deutschland“. Und der vom Berliner Handwerkerverein zusammengerufene „Kongreß der Arbeitervereine“ ermunterte die Abgeordneten der Paulskirche im Juni 1848, sie mögen die Frage nach den „Grundbedingungen allen socialen Lebens an die Spitze ihrer Berathungen stellen und zum Mittelpunkte des deutschen Verfassungswerks“ machen.<sup>3</sup>

Die schwarz-rot-goldenen Farben, die noch Anfang 1848 verboten waren, leuchteten nun überall. Mit ihnen verbanden sich zahlreiche Hoffnungen auf einen wirklichen Aufbruch zur Freiheit in allen deutschen Landen. Nach den militärischen Ausschreitungen bei den Berliner Straßenschlachten vom 18. und 19. März, die über 300 Tote forderten – vor allem Handwerksgesellen und Kleinhändler, Dienst- und Arbeitsleute, aber auch Frauen, Kinder und Greise – sah sich der preußische König Friedrich Wilhelm IV. genötigt, diesen so genannten „Märzgefallenen“, die auf dem Gendarmenmarkt aufgebahrt waren, beim großen Trauerzug der Berliner Bevölkerung seine Aufwartung zu machen und ihnen ehrende Anteilnahme auszusprechen. Und damit war – so schien es zumindest – der Durchbruch zu einem neuen politischen Zeitalter erreicht, das sich nun nicht länger würde aufhalten lassen.

## **1. Deutsche Freiheit**

Als Abgeordneter in der Paulskirche

Auch in der beschaulichen Heimat Pfarrer von Kettelers gab es im März 1848 in weiten Kreisen des fortschrittlichen Bürger-

tums eine freudige politische Aufbruchsstimmung, aber auch Aufruhr und öffentliche Erregung im Volk. So berichtet der Landrat des Kreises Tecklenburg, zu dem Hopsten gehörte, an seine vorgesetzte königliche Behörde in Münster, dass sich sein Landkreis zwar nach wie vor „durch unerschütterliche Treue gegen des geliebten Königs Majestaet“ auszeichne. Dennoch würden „kleine Häufchen Irregeleiteter“ für beträchtliche Unruhe sorgen, sodass „die wohlhabenderen Bürger“ begonnen hätten, „Wachen aus ihrer Mitte zum Schutze ihrer Person und ihres Eigenthums“ zu bilden. Aus den Reihen des Volkes fordere man ein Ende der Polizeistunde, freie Tanz- und Musik-erlaubnis sowie niedrigere Steuern; auch gebe es immer wieder „böse Gerüchte“, man wolle „dem Amtmann ans Leben“.<sup>4</sup>

Nachdem im April Wahlen zur deutschen Nationalversammlung angekündigt worden waren, sollte Ketteler, der vom Landdechant des Kreises als Kandidat vorgeschlagen worden war, in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt werden. Ketteler dachte – gegen viele preußenfreundliche Stimmungen in seinem Wahlkreis – seit Langem großdeutsch und wollte sich nachdrücklich für die nationale Einheit einsetzen. Vor allem aber ging es ihm um die Verteidigung der bedrohten Freiheitsrechte der katholischen Kirche, um die Festschreibung ihrer Unabhängigkeit vom preußischen Staat. Dieses kirchenpolitische Kerninteresse, das ihn wie die ultramontanen Katholiken insgesamt seit den „Kölner Wirren“ heftig umtrieb, wollte er in der neuen deutschen Verfassung, die die Nationalversammlung beraten und beschließen sollte, fest verankert sehen.

Mitte Mai war er bei der feierlichen Eröffnung der Nationalversammlung zugegen, als 330 Abgeordnete aus ganz Deutschland in einer festlich geschmückten Prozession vom Römer in die Paulskirche einzogen. Hier sollten nun die schon lange schwelenden Gegensätze zwischen den „demokratischen“ und den „konstitutionellen“ Reformkräften des Vormärz eine parlamentarische Bühne finden und den Streit um die politische und soziale Zukunft Deutschlands entscheidend

prägen. Die demokratische Bewegung, die vor allem von der freiberuflichen Intelligenz, von Publizisten und Advokaten, aber auch von vielen Volksschullehrern getragen wurde, zählte zahlreiche kleine Handwerker und Handwerksgesellen zu ihren Mitgliedern. Von Baden ausgehend, entstanden in vielen Regionen Deutschlands unterschiedlich benannte demokratische Vereine, Klubs und Komitees,<sup>5</sup> die eine demokratische Republik auf der Grundlage eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts forderten, in unterschiedlicher Form für die Ablösung der Feudallasten der Bauern, für das Recht auf Arbeit, für Koalitions- und Streikrecht eintraten und u. a. staatliche Arbeitsministerien und eine progressive Einkommensbesteuerung verlangten.

Dagegen befürchteten die Konstitutionellen – der Begriff des Liberalismus war zu jener Zeit noch ungebräuchlich – nichts mehr als die revolutionäre Idee einer „socialen Republik“. Ihnen und ihren Vereinen ging es um eine durch Parlament und Verfassung gemäßigte Monarchie, um den Schutz des Eigentums, um Zensuswahlrecht und den Ausschluss der „Unselbständigen“ aus der politischen Meinungs- und Willensbildung. Die konstitutionellen Reformkräfte wurden vor allem von den mittleren und gehobenen Klassen getragen, von höheren Staatsbeamten, Professoren, Fabrikanten und standesbewussten Handwerksmeistern. Zu ihrem Selbstverständnis gehörte es, wie Gustav Adolf Fricke, ein führendes Mitglied des Deutschen Vereins Leipzig notierte, durch entsprechende Bildungsmaßnahmen „aufgeklärte, gesetzesliebende, gemäßigte und Ruhe bewahrende Staatsbürger“ hervorzubringen. Die „niedereren Klassen“ würden in diesen Vereinen „begreifen lernen, daß sie nur bei Achtung vor dem Gesetze ... wahrhaft zu dem allerdings berechtigten Ziele gelangen können, eine geachtete, ebenbürtige Stellung unter den übrigen Staatsbürgern einzunehmen“. Nicht zuletzt würden sie in diesem Rahmen, davon war Fricke überzeugt, auch „immer mehr erkennen, daß Kommunismus Unsinn ist“.<sup>6</sup>